



SP MIGRANTINNEN PROTOKOLL DER DELEGIERTENKONFERENZ

27. Treffen, Samstag, 28. November 2020, 10.15 – 11.50 Uhr
Videokonferenz mit ZOOM

1) BEGRÜSSUNG UND PROTOKOLL (Beilage 1)

Mustafa begrüsst über 30 Teilnehmende zur Videokonferenz.
Das Protokoll unserer Delegiertenkonferenz vom 22.2.2020 wird genehmigt.

2) WILLKOMMENSKULTUR: ROLLE DER KANTONALEN MITGLIEDER-VERANTWORTLICHEN IN IHRER REGION

Simon Gründler, Praktikant bei der SP Schweiz, erläutert die Veränderungen bei der Mitgliederbetreuung. Da die DK verschoben werden musste, hat er inzwischen die Informationen bereits per Mail verschickt und die meisten Mitgliederverantwortlichen in den Kantonen und Regionen telefonisch kontaktiert.

a) Was ist neu seit Februar 2020? (Simon Gründler) (Beilage Nr. 2)

Die Rolle der neuen Mitgliederverantwortlichen wird auf Folie 6 erläutert. Sie sind das Scharnier zwischen der kantonalen und der nationalen Ebene der SP MigrantInnen (Folie 7). Zudem helfen sie beim Aufbau von neuen kantonalen Sektionen der SP MigrantInnen mit (Folie 8).

An die benötigten Informationen gelangen die Verantwortlichen über e-mails und ihrem persönlichen Zugang zum Sektionsportal (Folien 9-11).

b) Was wird in den Kantonen bereits gelebt? (Sutha Ganapathipillai, Rose Lièvre)

Sutha erläutert seine Erfahrungen aus dem Kanton Solothurn. Es ist wichtig, mit allen Mitgliedern im Kontakt zu bleiben. Er nennt das «politischen Smaltalk». Er hält grundsätzlich alle Daten aktuell, hält mit allen Mitgliedern Kontakt und fragt deren Interessen ab. Am Beispiel der Generalversammlung erläutert er sein Vorgehen. Sehr wichtig ist, während der Konferenz die Vorschläge ernst zu nehmen und sie zeitnah umzusetzen. Für die Kantonsratswahlen wurde ein Diskussionsforum eingerichtet. Die ständige Kontaktpflege braucht Geduld, aber sie zahlt sich aus. (Folien 13-18)

Rose bestätigt diese Erfahrungen auch für den Kanton Neuenburg. Weitere Ergänzungen zum bereits Gesagten: Sie erklärt neuen Mitgliedern, was die SP MigrantInnen sind, welche Rechte sie als Mitglied haben und was sie beitragen können. Sie motiviert die Neuen auch, dass sie in ihrer Community und im Bekanntenkreis Werbung für die SP MigrantInnen machen. Die SP MigrantInnen Neuenburg haben Kontakt zu vielen anderen MigrantInnen-Organisationen. Da Französisch für viele nicht die Muttersprache ist, gibt es viel zu erklären, wofür man sich ausreichend Zeit nehmen soll. In allen Regionen des Kantons und der Sprachgemeinschaften müssen Kontakte geschaffen werden. Sie haben dazu das System von ReferentInnen aufgebaut. Je zahlreicher wir sind, desto mehr politisches Gewicht haben wir. Also nicht entmutigen lassen und dran bleiben!

c) Wo besteht noch Verbesserungsbedarf?

In der die Diskussion unter den Teilnehmenden schälten sich folgende Punkte heraus:

- Als Einstiegsfrage hat sich bewährt sich zu erkundigen, wie die Leute zu den SP MigrantInnen gekommen sind.
- Gleich beim Betritt die zeitlichen Möglichkeiten und Interessen abklären und die Neuen sofort für eine Aufgabe innerhalb der Partei einsetzen (z.B. im Vorstand oder einer Arbeitsgruppe der SP MigrantInnen oder auch der SP).
- Der Aufbau von Arbeitsgruppen nach Themen hat ein grosses Potential.
- Die Integration der Mitglieder muss auch in die Gremien der SP selbst stattfinden, also in der eigene Kantonal- oder Stadtpartei und in die Sektion in der Gemeinde. Nur so können die SP MigrantInnen direkt in die politischen Prozesse eingreifen. Dabei geht es nicht um Konkurrenz, sondern um gegenseitige Unterstützung.
- Bei jenen, die wieder austreten wollen, bitte jeweils nachfragen weshalb: Wo wurden ihre Erwartungen nicht erfüllt? Dann versuchen es die Leute evtl. nochmals.

Simon ruft die Delegierten auf, dass sie auch die Nachbarkantone, in denen es keine SP MigrantInnen gibt, in ihre Tätigkeit miteinbeziehen. So haben die neuen Mitglieder wenigstens die Chance, sich im Nachbarkanton ein Bild zu machen (z.B. Appenzell in St. Gallen oder NW+OW in Luzern). Später gelingt es evtl. doch, in ihrem eigenen Kanton eine SP MigrantInnen-Sektion aufzubauen. Wenn sie nichts von den SP MigrantInnen hören, sind sie rasch frustriert und treten wieder aus.

Er weist noch auf den «Leitfaden Sektionsportal für SP MigrantInnen» hin, den alle MitgliederbetreuerInnen erhalten haben.

3) JAHRESSCHWERPUNKTE 2020 : RÜCKBLICK UND AKTUELLER STAND

a) Auswertung der Kampagne gegen die «Kündigungsinitiative» (Peter Hug)

Es war eine der ganz grossen Kampagnen, die SP MigrantInnen 2020 gemacht haben und sehr viele haben sich engagiert. Der Erfolg war diesmal auf unserer Seite. Wenn MigrantInnen abstimmen gehen, dann stimmen und wählen sie überdurchschnittlich links. Aber leider gehen sie nur unterdurchschnittlich an die Urne. Peter sieht drei Gründe für den Abstimmungserfolg: Eine gute, koordinierte Allianz, das Thema gegen AusländerInnen/MigrantInnen hat an Attraktivität eingebüsst und die SVP hat ihre Mobilisierungskräfte verloren.

In absoluten Zahlen haben SP MigrantInnen mehr Flyer verteilt, als die SP Schweiz. Erstmals wurden auch Vorlagen für Social Media gemacht, was mit einem enormen Zeitaufwand für das Sekretariat verbunden war. Es wurden auch viele 60-Sekunden-Videos gemacht (Folien 21 – 33).

Folgende Antworten schälten sich in der Diskussion auf Peters zwei Fragen heraus:

Frage 1: Welche Instrumente haben sich am meisten bewährt?

- Social Media haben eine gute Wirkung, wie die Rückmeldungen zeigen: 2 - 3 einfache Botschaften. Zeitlich gestaffelt posten.
- Begleitet von Videos max. 60 Sekunden. Wenn dieses einmal steht, kann man es einfach auch in eine andere Sprache kopieren und übersetzen.

- Bei der Auswertung in BS wurde gemeldet, dass die deutsche Sprache viel zu komplizierte Worte verwendete und darum die Übersetzung sehr schwierig war.
- Es muss bei der SP angemahnt werden, dass die SP MigrantInnen auch auf kommunaler und kantonaler Ebene bei den Kampagnen einbezogen werden.

Frage 2: Genügen die Erläuterungen für die Abstimmungsunterlagen? (Vorschlag von Emsale Selmani, Folie 35)

- Da in jedem Kanton andere Abstimmungsregeln gelten, müssten eigentlich alle SP Kantonalparteien dieses Thema angehen.
- Vor allem auch das Panaschieren ist eine grosse Fehlerquelle.
- Für den Flyer reichen die Erklärungen, wie bisher. Für Social Media sollte man detaillierter beschreiben, weil dort auch Bilder benutzt werden können.
- Zuerst müssen wir die Leute dafür sensibilisieren, die Unterlagen nicht gleich wegzuschmeissen. Erst anschliessend können mit Videos das Ausfüllen bis zum Zukleben des Abstimmungscouverts erklärt werden.
- Solche Anleitungen können auch an befreundete Organisationen (Gewerkschaften) weitergegeben werden.

Arber verweist darauf, dass die CVP Wil inzwischen auch mit solchen Kurzvideos arbeitet.

b) Einbürgerungskampagne, Fortsetzung (Mustafa Atici)

Mustafa erläutert, dass in den letzten 3 Jahren einiges dafür gemacht wurde, v.a. in den Kantonen. Es braucht Vorstösse auf kantonaler Ebene, damit die willkürlichen Praxen in den kleinen oder ländlichen Gemeinden gestoppt werden können. Auch sollten auf kantonaler Ebene Veranstaltungen durchgeführt werden, wo die Leute über die Einbürgerung informiert werden, ihre Fragen stellen und ihre Erfahrungen austauschen können. Diese Begleitung ist sehr wichtig.

Es schälten sich in der Diskussion folgende Punkte heraus :

- Wir müssen die Leute motivieren, falls erforderlich, Beschwerde einzulegen und den rechtlichen Weg zu gehen. Wir könnten sie mit einer Liste von fairen Rechtsanwältinnen darin unterstützen (in SG Paul Rechsteiner). Das Beispiel einer Aargauer Gemeinde, deren Verfahren vor Bundesgericht als «willkürlich» beurteilt wurde, zeigt, dass sich der Rechtsweg lohnt.
- Es braucht zudem auch persönliche Begleitung und Ermutigung. Die Leute gehen sonst gebrochen aus dem Verfahren heraus und versuchen es nie wieder.
- Wir müssen die Medien mit Stories versorgen. Das macht Druck, es entsteht eine öffentliche Diskussion und es wird auch bekannt, dass wir uns für Einbürgerungswillige einsetzen. Hier ist auch an die Medien in den einzelnen Communities zu denken (Bsp. Tamilisches Radio). Wenn dort von so willkürlichen Fällen berichtet wird, entsteht eine Diskussion. Die Leute werden wütend. Sie sehen aber auch, dass sich die SP dagegen einsetzt und dass man sich rechtlich wehren kann. Das ist ein grosser Imagegewinn für die SP und zugleich eine Sensibilisierung der Betroffenen, sich zu wehren.
- Was in den Gemeinden geschieht muss nach oben gehen und umgekehrt. Es braucht eine Diskussion innerhalb der Partei aber eben auch in der Öffentlichkeit.

- Idealerweise hat jede Sektion der SP MigrantInnen eine eigene AG, die sich Einbürgerungsfragen annimmt, bzw. es müssen 1-2 Personen ständig und langfristig als KoordinatorInnen dran bleiben und Informationen verteilen. Von Gemeinden über Kantone bis zum Bund und umgekehrt.
- Die neuen Regeln zur erleichterten Einbürgerung werden viel zu wenig benutzt. Auch da müssen wir vermehrt Anstrengungen unternehmen.
- Eine Einbürgerung ist das wirksamste Mittel, um dem Risiko von Rückstufungen des Aufenthaltsstatus zu entgehen. Da sollten auch mal Zahlen ausgewertet werden.
- Das Thema sollte kontinuierlich bearbeitet werden, nicht immer nur in Wellen, wie bisher.

Mustafa dankt für die Anregungen und Hinweise. Sie sind alle sehr wichtig. Wir müssen da dran bleiben.

c) Stimmrecht für alle (Halua Pinto de Magalhães, SP MigrantInnen BE)

Halua berichtet über die Kampagne der SP Kanton Bern. In dieser Woche wurde im Kantonsparlament über eine SP Motion abgestimmt, um den Gemeinden das Recht zu geben, Personen ohne Schweizer Pass das Wahl- und Stimmrecht auf kommunaler Ebene zu geben. Die Motion wurde leider ganz knapp abgelehnt – weit knapper, als wir befürchtet hatten. Die öffentlichen Diskussionen der letzten Zeit über Rassismus und Migration wirken sich positiv aus.

Die SP Sektion Lyss beantragte zudem bei der Geschäftsleitung, eine Arbeitsgruppe Stimmrecht einzurichten. Nur weil die SP MigrantInnen in der GL eine Vertretung hatten, konnten sie erreichen, dass die SP MigrantInnen Bern ebenfalls in der kantonalen «Arbeitsgruppe Stimmrecht» Einsitz bekamen.

Die Arbeitsgruppe hat als erstes mit Blick auf die Motion eine Kampagne gemacht (Folie 37) und Statements auf Facebook und Instagram gepostet. Dies kann von anderen Kantonen übernommen werden. Auch Medienmitteilungen und ein Argumentarium wurden erarbeitet. Das ging vom radikaldemokratischen Argument (alle Betroffenen sollen mitentscheiden) bis hin zum Appell an die Gemeindeautonomie (die Gemeinden sollen selber entscheiden können, ob sie das wollen). Nun wird ausgewertet, was die Kampagne gebracht hat. Ein kritischer Punkt: Leider wurde zu spät angefangen und deshalb zu wenig mit anderen ausserparlamentarischen Organisationen zusammen gearbeitet. Das wäre zentral, denn man muss den öffentlichen Diskurs verändern.

Hinweise aus dem Plenum:

- Rebekka weist auf die geplante Kampagne zum 50-Jahre-Jubiläum des Frauenstimmrechts hin. Diese Kampagne kann genutzt werden, um jetzt auch die Forderung zu stellen, das Stimmrecht weiter auszuweiten. Mustafa, Angelo und Ada arbeiten in der Arbeitsgruppe mit weiteren ParlamentarierInnen mit. Die Kampagne soll gemeinsam von den SP Frauen, der SP Schweiz und den SP MigrantInnen getragen werden. Weitere Organisationen werden einbezogen. Zunächst kommt der Vorschlag nächste Woche ins Präsidium der SP Schweiz, anschließend werden die Einzelheiten geplant. Die SP MigrantInnen werden selbstverständlich weiterhin miteinbezogen.

Mustafa versichert, dass die SP MigrantInnen und weitere befreundete Organisationen weiterhin informiert und einbezogen werden.

- Im Kanton Neuenburg gibt es das Stimm- und Wahlrecht für Personen ohne Schweizer Pass seit 1849. Es ist wichtig, schrittweise vorzugehen. Zuerst sollte es in Gemeinden eingeführt werden, denn dort kennt man sich. Wer Niederlassung C hat und seit fünf Jahren im Kanton wohnt, kann abstimmen, wählen und gewählt werden, was nicht selbstverständlich ist. Wir sollten die Leute dazu motivieren, dieses Recht tatsächlich zu nutzen und zu kandidieren.
- Im Kanton Basel-Stadt ist eine Motion für ein EinwohnerInnen-Stimmrecht an die Kantonsregierung überwiesen worden. Diese arbeitet dazu jetzt ein Gesetz aus. Alle mit 5 Jahren Aufenthalt und Niederlassung C sollen das kantonale Stimmrecht erhalten. Weil es in Basel nur 3 Gemeinden gibt, hat die SP dieses Recht gleich kantonal beantragt. Es wird wohl 2022 zur Abstimmung kommen.
- In Genf gibt es das Stimmrecht für Personen ohne Schweizer Pass ebenfalls. Unter diesem Link ist das Gesetz zu finden, das andere Sektionen helfen kann.
<https://ge.ch/grandconseil/data/texte/PL12442.pdf>

4) WEITERES VORGEHEN NACH DER JAHRESKONFERENZ VOM 19.9.2020

a) Rückstufung wegen Sozialhilfebezug (Mirjam Werlen und Arber Bullakaj): Bewertung der Vorschläge und Ideen (**Beilage Nr. 3**)

(Folien 39-40, bzw. Beilage 3)

Mirjam und Arber stellen die 6 wichtigsten Vorschläge der AG der Mitgliederkonferenz vor. Öffentlichkeit schaffen und die Rechtsprechung haben sich als die beiden zentralen Punkte herausgeschält. (vgl. auch Diskussion oben, unter Trakt. 3b Einbürgerung). Es wird der Fall einer kosovarischen Frau erwähnt; das Bundesgericht hat den Entscheid als willkürlich aufgehoben.

https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/de/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza%3A%2F%2F13-03-2020-2C_915-2019&lang=de&zoom=&type=show_document

Zentral ist, solche Schicksale sichtbar zu machen. Ein Kanal ist das Radio, aber auch Printmedien und die Medien der MigrantInnen.

Fadil hilft gerne in der AG mit und unterstützt Mirjam und Arber. Er betont, dass es nicht nur um Sozialhilfe geht, sondern auch Leute betrifft, die überschuldet sind oder Ergänzungsleistungen beziehen. Beides ist in der Rechtslehre umstritten.

Mustafa weist darauf hin, dass Samira Marti eine Parlamentarische Initiative zum Thema eingereicht hat. Es ist wichtig, dass über diese eine öffentliche Diskussion entsteht, denn es wird nicht einfach sein, eine Mehrheit zu erhalten.

b) AG Gesundheit: Wer macht noch mit? (Nazan Walpoth)/Urim Deva)

Urim erwähnt, dass gemäss Statistik die Migrationsbevölkerung gesundheitlich in einem viel schlechteren Zustand ist als der Durchschnitt. Dies wird in Corona-Zeiten nochmals deutlicher. Auch hier ist die Migrationsbevölkerung viel mehr betroffen. Ein Aspekt ist, dass die Migrationsbevölkerung weniger Chancen hat, die Informationen zu finden, sie zu verstehen, wie man sie beurteilen muss und wie man sie anwenden kann. Die Sprache ist eine Barriere, das Bildungsniveau und auch die finanzielle Situation. Das Ziel der AG ist: Welche Info-Möglichkeiten gibt es bezüglich Gesundheit, welcher Bedarf besteht und wie kann das verbessert werden. Es soll in der

AG ein Positionspapier mit konkreten Ideen und Vorschlägen erarbeitet werden. Wer Interesse hat, mitzuarbeiten, soll sich bei Urim melden urim.deva@hotmail.com. Bitte auch in den kantonalen Sektionen der SP MigrantInnen fragen, ob jemand in dieser AG mitarbeiten möchte.

5) **PLANUNG DER JAHRESKONFERENZ VOM 27. FEBRUAR 2021: ÜBERTRAGUNG DER KOMPETENZEN AUF PRÄSIDIUM**

a) Reglementsänderung : Schaffung einer Geschäftsleitung

Mustafa erläutert die Folie 43. Es soll eineN PräsidentIn und einE Vize-PräsidentIn geben, sowie 5 weitere Geschäftsleitungsmitglieder. Damit können die Arbeiten noch besser auf mehr Schultern aufgeteilt werden. Dabei geht es um einen Grundsatzentscheid.

b) Reglementsänderung : Anpassung der Anzahl Delegierten an die Anzahl vertretener Mitglieder (Beilage Nr. 4)

Peter erläutert die (Folien 44-45). Auch hier geht es um einen Grundsatzentscheid. In der Willkommenskultur haben wir gesehen, dass zwischen den Kantonen/Regionen sehr grosse Unterschiede bestehen. Zürich hat fast 300 Mitglieder und Glarus hat 2. Beide Kantone können nach aktuellem Reglement gleich viele Delegierte, nämlich 2 schicken. Aus den grossen Sektionen gibt es immer wieder Anfragen, die zeigen, dass mehr Mitglieder in den Delegiertenversammlungen mitmachen wollen. Es liegt in unserem Interesse, dass die Arbeit auf mehr Leute aufgeteilt werden kann. Kurz gesagt: Wir wollen bei den Sitzen vom System Ständerat zum System Nationalrat übergehen. Es wird eine Angleichung an das System der SP Schweiz vorgeschlagen wo die Anzahl Delegierte auch in einem Verhältnis zur Anzahl vertretene Mitglieder steht.

Peter beantwortet dann Fragen:

- Es wird niemand von den jetzigen Delegierten rausgeworfen, bei den kleineren ändert sich zu heute nichts. Aus Glarus kommt sowieso nur ein Delegierter, das Tessin mit 7 Mitgliedern sendet im Moment niemand in unsere DV, auch Uri und Schwyz hatten nur vorübergehend mal einen Delegierten: hier ändert sich nichts.
- Die Wahlperiode beträgt zwei Jahre. Anlässlich dem Wahltermin wird jeweils überprüft, wie viele Delegierte eine kantonale bzw. regionale Sektion entsenden kann.
- Als die SP MigrantInnen statutarisch noch nicht geregelt waren, war es sehr einfach, Mitglied zu werden. Anlässlich der Verankerung der SP MigrantInnen in den Statuten der SP Schweiz ist das restriktiver geworden. Inzwischen sind bei den SP MigrantInnen nur noch Personen dabei, die Mitgliederbeiträge an die SP Schweiz (oder an eine Schwesterpartei der SP) bezahlen. Von der SP fließt das Geld dann wieder zurück an die SP MigrantInnen, damit sie arbeiten können.

Antrag von Isi Fink (Folie 47).

In vielen Kantonalparteien gibt es bereits die Gender-Quote. Im Reglement der SP MigrantInnen Schweiz fehlt das noch. Es geht um Frauenförderung.

In der Diskussion wird gefordert, dass in den Statuten der SP eine weitere Quote verankert werden sollte: eine für MigrantInnen. Peter weist darauf hin, dass diese Forderung anlässlich dem Parteitag in Thun ebenfalls aufgegriffen wurde. Seither ist in den Statuten verankert, dass sowohl die Geschlechter als auch die Migrationsbevölkerung angemessen in den SP Gremien und ihren Wahllisten vertreten sein müssen. Es ist eine andere Frage, ob das überall auch so gelebt wird.

Das Präsidium nimmt den Antrag entgegen und erarbeitet einen Vorschlag, der diesen Antrag interpretiert. Dieser kann dann an der Mitgliederkonferenz diskutiert und – sofern abweichende Anträge eintreffen – abgeändert werden.

c) Erneuerungswahl Präsidium / Wahl der Mitglieder der neuen Geschäftsleitung

Das Präsidium möchte, dass Delegierte in die Koko und der GL SP Schweiz neu gleichzeitig Mitglied der GL der SP MigrantInnen sind (Folie 46). Frist: Kandidaturen für alle Gremien sind **bis 12. Februar, 12.00 Uhr** einzureichen.

d) Bestätigung und Wahl der Delegierten in die Delegiertenkonferenz

(Folie 48)

Peter ruft dazu auf, dass die kantonalen Sektionen und Schwesterparteien für eine neue Amtsperiode ihre Delegierten für die Delegiertenkonferenz für weitere zwei Jahre wiederwählen bzw. neue Leute nominieren. Bitte beachtet dabei bereits den neuen Verteilschlüssel!

e) Wahl von 2 Delegierten in die Geschäftsleitung der SP Schweiz

(Folie 49)

Die Kandidaturen sind bis 12. Februar, 12.00 Uhr einzureichen.

f) Nachwuchsförderung: Analyse nationale Wahlen 2019 und Vorbereitung Wahlen 2023

Das Präsidium schlägt als eines der Schwerpunktthemen die Nachwuchsförderung vor. Wir halten Rückblick auf unseren Wahlkampf 2019 und machen Vorschläge, was wir 2023 besser machen könnten. Je früher wir uns vorbereiten, desto besser. Auch die vorgesehene Kampagne „Stimmrecht für alle“ wird uns beschäftigen.

Beschluss:

Die Delegiertenkonferenz ist im Grundsatz mit den beantragten Reglementsänderungen einverstanden, ebenso mit dem Wahlverfahren, den Fristen, dem Schwerpunktthema und der Übertragung der Kompetenz ans Präsidium, die Einzelheiten zu organisieren. Es gibt dazu keine Gegenstimmen.

6) VARIA / DIVERS

- Auf Intervention von Mirjam Werlen wird Mustafa das Positionspapier der SP MigrantInnen zur Gleichstellung an Mattea Meyer schicken. Diese soll Alain Berset darauf hinweisen, dass in der «Gleichstellungsstrategie 2030» die Themen Migration und häusliche Gewalt untergegangen sind. Mustafa beschäftigt sich auch in der WBK mit diesem Thema. Auch dort wird er den Aspekt Migration einbringen.

- Emmanuel weist auf den Antrag zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zum Thema Sans-Papier hin. Aus Zeitgründen konnte darüber heute leider nicht geredet werden. Er ruft zur Mitarbeit auf und rechnet damit, dass das Thema an einer zukünftigen Versammlung traktandiert wird.

Anhang

Präsentation an der DK vom 28.11.2020